

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Schluss mit der Abzocke bei den Rundfunkgebühren - 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag aufkündigen!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für das Land Mecklenburg-Vorpommern den am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag entsprechend § 15 umgehend und damit fristgerecht zum 31. Dezember 2014 zu kündigen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Auch die Neuregelung der Rundfunkgebührenerhebung führt zu keinerlei Entlastung der Gebührenzahler. In vielen Fällen ist sogar eine Schlechterstellung erfolgt, so zum Beispiel für die Kommunen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist längst zu einem Medien-Monster mit zahlreichen und überflüssigen TV- und Radiosendern mutiert. Vetternwirtschaft, Betrug, Gebührenverschwendung, astronomische Gehälter und Produktionskosten sind an der Tagesordnung und haben die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen schon längst untergraben.